

**Für alle, die Frankfurt noch besser machen wollen:**

**Wahlprogramm  
zur Kommunalwahl 2006**

[www.frankfurterpartei.de](http://www.frankfurterpartei.de)

**Die Frankfurter Partei.**



**CDU**

**Klar wählen:  
Am 26. März CDU.**



## Unsere Themen:

• VORWORT	4
• BILDUNG	8
• FINANZEN/HAUSHALT / ORGANISATION	15
• FRAUEN	19
• GESUNDHEIT	22
• INTEGRATION	25
• KULTUR	27
• SICHERHEIT	31
• SOZIALES	35
• SPORT	41
• STADTENTWICKLUNG / STADTPLANUNG	44
• UMWELT	51
• VERKEHR	56
• WIRTSCHAFT	62
• WOHNEN	68
• KLAR WÄHLEN	72

## Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

am 26. März 2006 findet in Frankfurt die Kommunalwahl statt.

Frankfurt braucht klare politische Verhältnisse. Wir möchten Ihnen mit unserem Kommunalwahlprogramm unsere Vorstellungen und Ziele für die Zukunft unserer Stadt vermitteln.

### **Wir wollen ein wirtschaftlich starkes und ein soziales Frankfurt:**

Zu einer starken Wirtschaft gehört ein starkes wirtschaftliches Fundament.

Eines der wesentlichen Elemente unserer wirtschaftlichen Stärke ist der Frankfurter Flughafen. Deshalb ist der Ausbau unverzichtbar und die Ansiedlung des Airbus A 380 wichtig. Der Ausbau des Flughafens sichert Arbeit und schafft neue Arbeitsplätze.

Wir wollen, dass Frankfurt auch weiterhin eine soziale Stadt bleibt.

Wir wollen die soziale Infrastruktur in der Stadt weiterentwickeln und zukunftsfest machen. Aus unserer wirtschaftlichen Kraft heraus stehen wir in der Pflicht gegenüber denjenigen, die auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind.

**Wir wollen eine familienfreundliche Stadt:**

Wir wollen aus einer familienfreundlichen Stadt eine Familienstadt machen. Jung und Alt sollen sich in Frankfurt nicht nur zu Hause fühlen, sondern in Frankfurt zu Hause sein – mit ihrer Adresse und mit ihrem Herzen!

**Wir wollen in den nächsten Jahren die Stadtteile aufwerten:**

Wir werden für die Stadtteile ein eigenständiges Programm aufstellen, um damit noch mehr Lebensqualität vor Ort zu erreichen.

**Wir wollen in den nächsten Jahren die Frankfurter Innenstadt verschönern und baulich aufwerten:**

Wenn das neue Einkaufszentrum an der Zeil seine Pforten öffnet, müssen auch die Zeil und ihr Umfeld in Schuss gebracht sein.

**Wir wollen der Altstadt ihr Gesicht wiedergeben:**

Das heißt, dass wir die Altstadtbebauung nach dem Abriss des Technischen Rathauses so nah wie möglich an den historischen Gegebenheiten anlehnen wollen.

### **Wir wollen unsere Stadt als kulturelles Zentrum der Region Frankfurt/ Rhein-Main weiterentwickeln:**

Wir fördern die kulturellen Leuchttürme der Stadt genauso wie die vielfältige Kulturarbeit in den Stadtteilen.

### **Wir wollen die Stadt noch sicherer machen:**

Wir wollen zusätzliche Videokameras dort, wo sie notwendig sind, und den freiwilligen Polizeidienst dort, wo er sinnvoll ist. Die Menschen sollen sich auch weiter auf Frankfurts Straßen und Plätzen sicher bewegen können.

### **Wir wollen eine fortschrittliche und moderne Verkehrspolitik:**

Wir betreiben keine Verkehrsideologie, sondern machen uns stark für das Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsmittel und -wege.

Wir wollen, dass jede Frankfurterin und jeder Frankfurter jeden Ort der Stadt bestmöglich erreichen kann – und dies in Zukunft auch barrierefrei.

Wir brauchen ein leistungsfähiges Straßennetz, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, ausreichend Radwege und eine Lobby auch für Fußgänger und gerade auch für jene, die in ihrem Gehverhalten eingeschränkt sind.

### Es geht am 26. März auch um Sie ganz persönlich:

Es geht um Ihre Straße, Ihren Kindergarten, um Ihre Schule, den Seniorentreff um die Ecke, um das Bürgerhaus, das Schwimmbad und um die Bücherei.

Es geht um einen noch fehlenden Sportplatz, die Sanierung der Schule vor Ort, fehlende Betreuungsplätze oder den Ausbau des Platzes um die Ecke. All das kann in Angriff genommen werden, wenn am 26. März auch das Kreuz an der richtigen Stelle gemacht wird – bei der Frankfurter CDU, der Frankfurter Partei!

### Frankfurt braucht klare Verhältnisse, klare Entscheidungen und klare Wege!

Jede Frankfurterin und jeder Frankfurter ist ein wichtiger Grund, Frankfurt noch besser zu machen. Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme:

#### Wir, die Frankfurter CDU, die Frankfurter Partei!

Ihre



Udo Corts MdL  
Kreisvorsitzender



Uwe Becker  
Fraktionsvorsitzender

# Für alle, die mehr Zukunftschancen für Kinder wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

Nur exzellente Bildung und Ausbildung ermöglichen es, wirtschaftlich wie kulturell im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Das erfordert nachhaltige Investitionen in die Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und eine Politik, die dem Prinzip des lebenslangen Lernens verpflichtet ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss deutlich verbessert werden. Im Interesse der Kinder sind dazu die Betreuungsangebote auf die sich flexibilisierenden Arbeitsbedingungen der Eltern auszurichten.

Zugleich müssen Arbeitgeber in Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung ihren Beitrag dazu leisten, dass Elternverantwortung durch Mütter ebenso wie durch Väter wahrgenommen werden kann, ohne berufliche Perspektiven zu gefährden.

## Das wollen wir:

- Bildung von Anfang an fördern und ein obligatorisches, unentgeltliches Vorschuljahr einführen
- Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz tatsächlich verwirklichen
- Das Lernumfeld der Kinder attraktiv gestalten
- Auf frühere Einschulungen hinwirken
- Das differenzierte Schulsystem ausbauen
- Schulsport fördern
- Ganztagsangebote erweitern
- Schwächere Schüler umfassend fördern
- Solide Berufsausbildung ermöglichen
- Berufsschulen stärken
- Muische und künstlerische Ausbildung auf hohem Niveau sichern
- Den Wissenschaftsstandort Frankfurt stärken

## Bildung von Anfang an fördern und ein obligatorisches, unentgeltliches Vorschuljahr einführen

- Die CDU will die Lernpotenziale aller Kinder von Anfang an besser ausschöpfen. Vor allem die Chancen der frühkindlichen Bildung sollten besser genutzt werden. Deswegen müssen Bildung und Erziehung stärker miteinander verzahnt und unterschiedliche Bildungsabschnitte besser verknüpft werden. Ziel ist es, einen möglichst einheitlichen Bildungsstand der Kinder beim Eintritt in die Grundschule zu erreichen und besonderen Förderbedarf, wie etwa den Ausgleich sprachlicher Defizite von Vorschulkindern, frühzeitig zu erkennen. Dazu ist ein umfassendes Konzept für die kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen erforderlich: Ein solcher „Bildungsplan 0–10“ soll unter anderem dazu beitragen, die soziale

Kompetenz zu stärken, die Sprachfähigkeiten zu verbessern, den Erwerb kognitiven Wissens zu fördern sowie musische Fähigkeiten zu unterstützen. Er definiert auch Leitlinien zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und von sozial benachteiligten Kindern.

- Das letzte Bildungsjahr im Kindergarten soll als unentgeltliches Vorschuljahr verpflichtend eingeführt werden. In diesem Vorschuljahr sollen festgelegte Lernziele verfolgt werden, die allen Kindern einen besseren Start in die Grundschule ermöglichen. Ein wichtiger Baustein dazu ist die Förderung der Sprachfähigkeiten. Das gilt sowohl für Kinder deutscher Herkunft als auch für Kinder aus Migrantenfamilien. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss dementsprechend mit der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften für die Grundschule verzahnt werden.

## Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz tatsächlich verwirklichen

- Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahre wird regelmäßig erst durch Aufnahme zu Beginn des neuen Kindergartenjahres, also nach den Sommerferien, erfüllt. Da nach Ablauf der dreijährigen Erziehungszeit jedoch die Arbeitsplatzgarantie wegfällt, kann dies im Einzelfall zum Verlust des Arbeitsplatzes führen oder die Aufnahme einer Arbeit unmöglich machen. In solchen Fällen muss es möglich sein, die Gruppengrenze in den Kindergärten übergangsweise zu überschreiten. Dies gilt auch für neu Zugezogene. Ihnen muss ermöglicht werden, schnell und flexibel für ihr Kind einen Kindergartenplatz zu bekommen, ohne auf das Ende der nächsten Sommerferien warten zu müssen.

## Qualitätsoffensive, um das Lernumfeld der Kinder attraktiver zu gestalten

- Für die CDU sind Erhalt, Ausbau und Neubau von Bildungseinrichtungen ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Die geographische Struktur der Frankfurter Schullandschaft soll den sich wandelnden Siedlungsstrukturen angepasst werden. Öffentliche Schulen und Kinderbetreuungsstätten haben durch unzureichende Investitionen in den vergangenen Jahren gegenüber den Einrichtungen privater Träger an Attraktivität verloren. Zum erfolgreichen Lernen gehört aber ein sauberes und hygienisches, äußerlich ansprechendes und gut ausgestattetes Umfeld. Notwendige Renovierungen dürfen nicht länger verschoben oder nur nach dem niedrigsten möglichen Standard ausgeführt werden. Wir wollen deshalb eine Qualitätsoffensive

für Frankfurter Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verbesserung der baulichen Situation und der Ausstattung starten.

### Auf frühere Einschulungen hinwirken

- Eine erfolgreiche Frühförderung schafft Spielräume für die späteren Schul- und Ausbildungszeiten, etwa für zusätzliche Qualifikationen, Auslandsjahre oder Praktika. Wissenschaftliche Untersuchungen und internationale Praxis zeigen, dass eine frühere Einschulung durchaus erfolgreich sein kann. Das durchschnittliche Einschulungsalter liegt hierzulande zurzeit bei 6,8 Jahren. Die Eltern sollen daher künftig rechtzeitig auch von der zuständigen Grundschule über diese gesetzlichen Möglichkeiten informiert werden, um von den Spielräumen zur Bestimmung des individuellen

Zeitpunkts für die Einschulung ihrer Kinder Gebrauch machen zu können.

### Das differenzierte Schulsystem ausbauen

- Die CDU bekennt sich zum Grundsatz der freien Entfaltung der Persönlichkeit auf der Grundlage der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Das vielfältige und differenzierte Schulangebot in Frankfurt garantiert diese Chancen. Es ist deshalb weiter auszubauen. Dazu muss das Profil der einzelnen Bildungseinrichtungen geschärft werden. Das kann beispielsweise durch die Förderung innovativer Projekte wie die Einführung bilingualer Zweige an Grundschulen oder weiterführenden Schulen geschehen. Solche Sprachprofile tragen auch der Internationalität der Stadt Frankfurt Rechnung.

## Schulsport fördern

- Auch die sportliche Erziehung junger Menschen spielt eine wichtige Rolle. Daher soll auch der Schulsport durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur weiter gefördert werden.

## Ganztagsangebote erweitern

- Um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familien gerecht zu werden, will die CDU Ganztagsangebote an den Schulen stärken. Eltern, die auf eine Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen sind („offene Ganztagschule“) oder aus pädagogischen Gründen ein über den ganzen Tag verteiltes Unterrichtskonzept bevorzugen („gebundene Ganztagschule“), sollen auch ein entsprechendes Angebot vorfinden. Konzepte

für Ganztagschulen sind dabei auf kindgemäße Lebensrhythmen und Lernerfordernisse abzustimmen. Vom Schuljahr 2005/2006 an werden auch die Frankfurter Schülerinnen und Schüler binnen zwölf Jahren zum Abitur geführt. Ab der 5. Klasse ist daher Nachmittagsunterricht an mehreren Tagen in der Woche die Regel. Bis zur 9. Klasse dürfen die Schüler das Schulgelände bis zum täglichen Schulschluss aber nicht verlassen. Sie sind daher auf eine Verpflegung in der Schule angewiesen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass in allen weiterführenden Schulen eine gesunde Mittagsverpflegung gewährleistet wird.

## Schwächere Schüler umfassend fördern

- Bildungschancen müssen auch für schwächere Schüler durch geeignete und verpflichtende Förder- und

Investitionsprojekte erhöht werden. Deshalb will die CDU dem „schwächsten Viertel“, also den potenziellen Schulabgängern ohne Abschluss, rechtzeitig die notwendige Aufmerksamkeit zukommen lassen. Schülerinnen und Schüler mit besonderem Lernbedarf sind nach ihren Bedürfnissen in den vielfältigen Förderschulen der Stadt oder auch in integrativen Einrichtungen auszubilden. Auf diese Weise sollen sie befähigt werden, entsprechend ihren Entwicklungsmöglichkeiten ihr Leben selbständig zu gestalten.

### **Solide Berufsausbildung ermöglichen**

- Eine solide Berufsausbildung verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb ist jede Anstrengung zu unternehmen, dass Jugendliche einen Schulabschluss erreichen, der sie zu einer Berufsausbildung

befähigt. Die CDU befürwortet das Projekt „Ausbildungspatenschaft“, bei dem berufserfahrene Persönlichkeiten Jugendliche ehrenamtlich in ihrer Ausbildung begleiten und unterstützen.

### **Berufsschulen stärken**

- Die Qualität der Berufsschulausbildung ist entscheidend für eine erfolgreiche Ausbildung im dualen System. Durch die wirtschaftlichen Veränderungen wächst die Bedeutung der Berufsschulen. Dem trägt die CDU durch vordringliche Sanierung der Gebäude und der adäquaten, berufsorientierten Ausstattung der Fachräume Rechnung.

## Musische und künstlerische Ausbildung auf hohem Niveau sichern

- Die CDU setzt sich für die musische und künstlerische Ausbildung junger Menschen ein. Mit der Jugendmusikschule und Dr. Hoch's Konservatorium besitzt die Stadt Frankfurt zwei herausragende Einrichtungen der musikalischen Erziehung. Wir wollen die dort erfolgreich geleistete Arbeit auch für die Zukunft sichern und unterstützen und treten weiterhin für deren Unabhängigkeit ein.

## Den Wissenschaftsstandort Frankfurt stärken

- Weltweit wettbewerbsfähige Forschungseinrichtungen und qualifizierte, leistungsfähige Hochschulabsolventen sind ein „Markenzeichen“ Frankfurts. Solche akademische Exzellenz in universitären und außeruniversitären Einrichtungen stärkt die Position der Stadt im Wettbewerb mit anderen Metropolen. Der Ausbau des Uni-Campus Westend erhöht die Attraktivität für Forschung und Lehre. Daher ist der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Frankfurt auch mit kommunalen Mitteln zu fördern und international zu vermarkten. Die städtische Wirtschaftsförderung muss eng mit den hier angesiedelten Wissenschaftseinrichtungen zusammenarbeiten.

# Für alle, die eine solide Haushaltspolitik wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Den Schuldenberg abbauen
- Die Stadtverwaltung weiter zu einem Dienstleistungsbetrieb umbauen

## Das wollen wir:

- Den Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen
- Zusätzliche Einnahmen vor allem zum Schuldenabbau verwenden
- Investieren, um Frankfurts Zukunftsfähigkeit zu sichern
- Verwaltung weiter modernisieren
- Kommunale Aufgaben nach Möglichkeit privatisieren
- Klare Maßstäbe für städtische Zuschüsse setzen

## Den Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen

- Frankfurt hat im Vergleich zu anderen deutschen Städten ein hohes Steueraufkommen. Dennoch ist die Finanzlage seit langem schon schwierig. Das liegt unter anderem daran, dass die Infrastruktur, die Frankfurt etwa in der Kultur, im Sozialen oder beim Verkehr als Kernstadt für die gesamte Rhein-Main-Region bietet und finanziert, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt überfordert. Deswegen muss mittel- bis langfristig die regionale Lastenverteilung neu geordnet werden. Das kann entweder durch eine stärkere Berücksichtigung Frankfurts im Kommunalen Finanzausgleich des Landes oder durch einen finanziellen Beitrag des Umlands zu überörtlich bedeutenden Einrichtungen geschehen. Doch auch die Ausgaben für originäre Frankfurter Aufgaben sind zu prüfen:

Muss die Kommune wirklich alle heutigen Aufgaben selbst erfüllen und muss das im gegenwärtigen Umfang geschehen? Die Stadtkasse muss wieder ins Lot kommen. Frankfurt braucht einen ausgeglichenen Haushalt, um seine Handlungsfähigkeit nicht dauerhaft zu gefährden. Das sind wir auch den nachfolgenden Generationen schuldig, denn wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben.

### **Zusätzliche Einnahmen vor allem zum Schuldenabbau verwenden**

- Sollte die Stadt in den nächsten Jahren zusätzliche Einnahmen erzielen, so muss dieses Geld vorrangig für den Schuldenabbau verwendet werden. Dadurch verringern wir die Zinslasten und gewinnen finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten zurück. Aufwendungen für weiteren Konsum sind dagegen tabu.

### **Investieren, um Frankfurts Zukunftsfähigkeit zu sichern**

- Lediglich für Investitionen in die Infrastruktur können in der heutigen Situation zusätzliche Einnahmen zum Teil genutzt werden, denn auch auf diesem Weg verbessern wir die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Schulen, Kultureinrichtungen und andere Gebäude sowie Straßen müssen in einem vernünftigen Maß unterhalten werden. Ein Verlust an Bausubstanz vermindert städtisches Vermögen und führt schließlich zu deutlich höheren Kosten bei Renovierungen oder Grundsanierungen.

## Verwaltung modernisieren

- Die Stadtverwaltung muss weiter zu einem Dienstleistungsbetrieb umgebaut werden. Dazu gehört die stärkere Ausrichtung auf den Bürger als Kunden und eine effektivere Struktur von Ämtern und Behörden. Aufgaben der Kinderbetreuung sollen im Ressort Bildung zusammengefasst werden, um eine gemeinsame Steuerung von Bildungs- und Erziehungsprogrammen zu ermöglichen. Auch der Umbau der Sozialverwaltung nach der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze ist weiter voranzutreiben. Da zahlreiche bisherige Aufgaben des Wohnungsamts weggefallen sind, wollen wir das Frankfurter Wohnungsamt neu ordnen. Der mit der Verwaltungsreform einhergehende Stellenabbau muss sozialverträglich erfolgen und soll durch zusätzliche Anreize gefördert werden.
- Eine zu starke Dezentralisierung der Personalverwaltung und der Datenverarbeitung hat in der Vergangenheit zu teilweise teuren Fehlentwicklungen geführt. Die CDU setzt sich aufgrund dieser Erfahrungen dafür ein, dass die Zuständigkeit für die Informationstechnik zentralisiert wird und wesentliche Aufgaben der Personalwirtschaft wieder gebündelt werden.

## Kommunale Aufgaben nach Möglichkeit privatisieren

- Angesichts knapper Mittel muss sich Frankfurt auf die nachhaltige Daseinsvorsorge für die Bürger konzentrieren. Die zurzeit von der Stadt wahrgenommenen Aufgaben sind deshalb daraufhin zu prüfen, ob sie diesem Kernauftrag dienen. Wo es weder aus ordnungspolitischen Gründen noch für eine nachhaltige Daseinsvorsorge erforderlich ist, dass die Stadt eine bestimmte Aufgabe selbst erledigt und wo Privatunternehmen dies mindestens in gleicher Qualität tun können, wird die CDU weitere Privatisierungen vornehmen.

## Klare Maßstäbe für städtische Zuschüsse setzen

- Die CDU hat maßgeblich dafür gesorgt, dass die Subventionspolitik der Stadt auf eine neue Grundlage gestellt wurde: Wo die öffentliche Hand Zuschüsse gibt, sind Leistungsbudgets und klar umrissene Fördervereinbarungen festzulegen. Der effiziente Einsatz dieser Mittel ist durch ein wirksames Controlling als strategisches und operatives Steuerungsinstrument sicherzustellen. Werden Leistungen nicht im vereinbarten Rahmen oder nicht mit dem gewünschten Erfolg erbracht, sind Zuschüsse künftig zu reduzieren, umzuverteilen oder gegebenenfalls auch ganz zu streichen. Dieser Kurs muss gehalten werden, denn wir sind zum sorgsamem Umgang mit dem Steuergeld der Bürger verpflichtet.

# Für alle, die mehr Chancengerechtigkeit wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Familie und Beruf ist Maßstab für die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.
- Frauenpolitik muss gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen, damit Chancengleichheit für Frauen und Männer gewährleistet wird.

## Das wollen wir:

- Chancen für den beruflichen Aufstieg verbessern
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ausbauen
- Familiengerechtes Wohnen ermöglichen
- Dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen durch entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raums Rechnung tragen

- Frauen vor Gewalt schützen
- Europäische Genderpolitik weiter umsetzen

## Chancen für den beruflichen Aufstieg verbessern

- Führungspositionen in der Stadtverwaltung sollen verstärkt mit Frauen besetzt werden. Das ist in den vergangenen Jahren trotz des politischen Willens aufgrund des Stellenabbaus und der haushaltspolitisch notwendigen Wiederbesetzungssperre nicht im eigentlich notwendigen Maß geschehen.

## Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ausbauen

- Betreuungslücken, wie sie während der Schulferien oder mit dem Ablauf der Erziehungszeit und vor der Aufnahme des Kindes in den Kindergarten entstehen

können, müssen daher geschlossen werden. So sollen Ferienangebote von der Stadt und den Vereinen gemeinsam ausgearbeitet werden. Das Vertrauen in Tageseltern ist durch städtische Zertifizierung dieser Betreuer zu stärken.

### **Familiengerechtes Wohnen ermöglichen**

- Dem Bedürfnis aller Altersgruppen nach familiengerechtem Wohnen ist weiter Rechnung zu tragen. Dazu gehört auch das „Mehr-Generationen-Wohnen“, wie es in Bergen-Enkheim und Preungesheim verwirklicht ist. Wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs sind unabdingbar.

### **Dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen durch entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raums Rechnung tragen**

- Damit Frauen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können, müssen Straßen und Plätze ebenso wie öffentliche Verkehrsmittel entsprechend gestaltet sein. Bei der Einrichtung neuer oder der Umgestaltung bestehender Fußgängerzonen und verkehrsberuhigter Bereiche ist darauf zu achten, dass diese durchgängig belebt, aber auch gut beleuchtet und barrierefrei sind. „Angsträume“ müssen abgebaut werden beziehungsweise dürfen durch umsichtige Planung gar nicht erst entstehen. Die Einrichtung des Freiwilligen Polizeidienstes, verstärkter Einsatz von Ortschaften und die Nutzung von Videoüberwachung sind ebenfalls geeignete Mittel, um das Sicherheits-

gefühl zu erhöhen. Der Taxiruf aus Bussen, Straßenbahnen und U-Bahnen ist beizubehalten und durch Werbung breiter bekannt zu machen.

### Frauen vor Gewalt schützen

- Die kommunalen Möglichkeiten zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder sind weiter zu verbessern. Dazu gehören die entsprechende Schulung des Personals in den städtischen Anlaufstellen und die Verkürzung der Bearbeitungsdauer einzelner Fälle. Hier sollen auch Stalking-Opfer Hilfe bekommen. Denn in den meisten Fällen sind es Frauen, die durch fortgesetztes Verfolgen und Belästigen terrorisiert werden. Die CDU unterstützt darüber hinaus die unverändert notwendige Arbeit der Frauenhäuser auch in finanziell schwierigen Zeiten.

### Europäische Genderpolitik weiter umsetzen

- Gender Mainstreaming ist eine Strategie und eine Methode zur Politik-, Organisations- und Projektentwicklung, bei der bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Sie bewirkt die Förderung der Chancengleichheit und steigert die Zielgenauigkeit kommunaler Dienstleistungen. Die Stadt Frankfurt hat in den zurückliegenden Jahren vorbildlich den Einstieg in die Umsetzung der Europäischen Genderpolitik genommen. Diesen Weg wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

# Für alle, die eine moderne Gesundheitspolitik wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Medizinische Versorgung auf hohem Niveau sichern und wirtschaftlich modernisieren.

## Das wollen wir:

- Die Zukunft der Städtischen Kliniken Höchst sichern
- Freigemeinnützige Krankenhäuser in ihren Strukturveränderungen unterstützen
- Drogenkranken den Ausstieg aus der Sucht ermöglichen
- Die Arbeit von Selbsthilfegruppen unterstützen
- Die medizinische Versorgung älterer Menschen dem spezifischen Bedarf anpassen
- Gemeindenahe psychiatrische Versorgung gewährleisten

## Den hohen medizinischen Standard der Städtischen Kliniken Höchst sichern

- Die Frankfurter CDU bekennt sich klar zur Zukunftssicherung der Städtischen Kliniken Höchst. Die Städtischen Kliniken Höchst sind als Krankenhaus der so genannten Zentralversorgung mit mehr als 1100 Betten wesentlicher Bestandteil der medizinischen Versorgung in der Stadt und in der Region. Die CDU unterstützt den Übergang des bisher als kommunaler Eigenbetrieb geführten Hauses in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. In Anlehnung an übliche Wettbewerbsstrukturen sollen der Kernbereich des Klinikums, die stationäre und ambulante Patientenversorgung, und die übrigen Bereiche rechtlich selbstständig organisiert werden.

## Freigemeinnützige Krankenhäuser in ihren Strukturveränderungen unterstützen

- Wir wollen die medizinische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der übrigen Krankenhäuser in Frankfurt sichern und diese bei den bereits eingeleiteten Strukturveränderungen weiter unterstützen. Auch Kooperationen zwischen den Häusern werden gefördert.

## Drogenkranken den Ausstieg aus der Sucht ermöglichen

- Die CDU will drogenkranken und suchtkranken Menschen medizinisch, sozial und psychologisch helfen und die Folgen des Drogenkonsums, wie Beschaffungskriminalität und negative Strukturveränderungen in

Stadtteilen, bekämpfen. Ziel ist stets eine ausstiegsorientierte Betreuung der Suchtkranken. Drogenpolitik kann dabei nur erfolgreich sein, wenn differenzierte Angebote möglichst viele Betroffene erreichen. Zu diesen Angeboten gehören Einrichtungen, die den direkten Ausstieg ermöglichen, Drogenkonsumräume, Substitutionstherapien mit Methadon und Buprenorphin und die Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige. Wichtig ist aber auch die wissenschaftliche Analyse der Veränderungen des Drogenkonsums (Crack, „Designerdrogen“). Die CDU lehnt die generelle Freigabe illegaler Drogen ab.

## Die Arbeit von Selbsthilfegruppen unterstützen

- Selbsthilfegruppen sind aus dem Gesundheitssystem nicht mehr wegzudenken. Sie ergänzen professionelle medizinische und soziale Hilfsangebote, indem sie Therapieverlauf und Krankheitsbewältigung durch Kommunikation und Informationen begleiten. Gerade Menschen mit chronischen Erkrankungen sollten daher den Austausch mit anderen Betroffenen suchen. Die CDU unterstützt die Arbeit der mehr als 220 Gruppen in Frankfurt.

## Die medizinische Versorgung älterer Menschen dem spezifischen Bedarf anpassen

- Aufgrund der demographischen Entwicklung ist die medizinische Versorgung für eine zunehmende

Anzahl älterer Menschen bereitzustellen. Wissenschaftliche Erkenntnisse der Geriatrie müssen verstärkt Eingang in die Praxis finden. Geriatriische Versorgungsschwerpunkte im ambulanten und stationären Sektor müssen dem Bedarf angepasst werden.

## Gemeindenaher psychiatrischer Versorgung gewährleisten

- Die CDU befürwortet die vom Magistrat vorgeschlagene Weiterentwicklung eines innovativen gemeindepsychiatrischen Steuerungs- und Finanzierungsmodells. Die Versorgung auf diesem Gebiet muss wohnortnah, also nach Möglichkeit innerhalb der Stadtgrenzen, gewährleistet werden. Die Hilfsangebote sollen sich an den jeweiligen individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten orientieren.

# Für alle, die miteinander im Herzen Europas leben.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Menschen aus rund 170 Nationen, die ganz unterschiedliche kulturelle Traditionen haben und etwa 150 verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, leben friedlich in unserer Stadt. Das ist das Ergebnis einer erfolgreichen Integrationspolitik, die vom gesamten Magistrat getragen wird.

## Das wollen wir:

- Den Frankfurter Weg der Integrationspolitik fortsetzen
- Sprach- und Orientierungskurse auch für diejenigen Ausländer anbieten, die das neue Zuwanderungsgesetz nicht fördert
- Die Bildung von Parallelgesellschaften oder Ghettos ethnischer Minderheiten verhindern

## Den Frankfurter Weg der Integrationspolitik fortsetzen

- Die CDU will, dass Frankfurt Heimat für alle seine Einwohner ist, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer Religion. Die Stadt muss ihrer Tradition gemäß weltoffen, tolerant und international bleiben.

## Sprach- und Orientierungskurse auch für Ausländer anbieten, die das neue Zuwanderungsgesetz nicht fördert

- Das neue Zuwanderungsgesetz grenzt einige Ausländer vom Angebot an Sprach- und Orientierungskursen aus. Für diese Personengruppen wollen wir jedoch auch weiterhin solche Angebote machen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist unabdingbar für eine erfolgreiche Integration.

## Die Bildung von Parallelgesellschaften oder Ghettos ethnischer Minderheiten verhindern

- Die CDU gewährleistet durch ihre Kommunalpolitik, dass sich in Frankfurt weder Ghettos einzelner ethnischer Gruppen noch Parallelgesellschaften bilden. Denn das wäre integrationsfeindlich und würde den sozialen Frieden in der Stadt stören. Eine aktive Bildungspolitik im Vorschul- und Schulalter soll daher Migrantenkindern eine gleichberechtigte Chance für ihre schulische Entwicklung und ihre Berufsbildung bieten. Die Arbeit der in Frankfurt ansässigen Ausländervereine ist zu fördern. Sie stellen für die Migranten eine wichtige Verbindung zwischen ihrer alten und ihrer neuen Heimat dar und dienen der Integration.
- Im Interesse auch des übergroßen Teils der hier lebenden Mitbürger nicht deutscher Herkunft, die wie ihre deutschen Nachbarn friedlich und sicher in unserer Stadt leben möchten, setzt sich die CDU für ein konsequentes Vorgehen gegen jene Personen ein, die unser Zusammenleben mit Hass und Gewalt bekämpfen wollen. Dies bedeutet etwa den Einsatz für die konsequente Abschiebung von Hasspredigern wie auch die konsequente Ausweisung von illegal hier lebenden und kriminellen Ausländern.

# Für alle, die eine Metropole mit lebendiger Kultur wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Kultur macht das Wesen der Menschen, ihrer Heimat, einer Region und eines ganzen Landes aus. Die Ausstrahlungs- und die Anziehungskraft ihrer Leistungen und Zeugnisse bestimmen den Standort im Vergleich zu anderen Städten und Regionen wesentlich und sind damit auch für Frankfurt ein wichtiger Faktor im Wettbewerb der Metropolen und Regionen.
- Die Förderung kultureller Institutionen – ob von öffentlicher oder privater Seite – ist auch eine Investition in die Zukunft unserer Stadt.

## Das wollen wir:

- Die Zusammenarbeit der Museen ausbauen
- Theater und freie Gruppen fördern

- Eine gerechte Lastenverteilung zwischen Stadt und Region erreichen
- Bürgerhäuser erhalten
- Marketing für kulturelle Ereignisse verbessern

## Die Zusammenarbeit der Museen ausbauen

- Die CDU unterstützt die Institutsleiter, denen es gelungen ist, Frankfurt im internationalen Vergleich gut zu positionieren. Sie pflegen nicht nur untereinander, sondern auch mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland regen Kontakt: Ausstellungen werden gemeinsam konzipiert oder aber hier produziert und dann weitergegeben. So wurde die in Kyoto produzierte, weltweit beachtete Rembrandt-Ausstellung in Europa lediglich im Städelschen Kunstinstitut in Frankfurt gezeigt. Ausstellungen des Deutschen Architektur Museums sind von Shanghai über Tokio bis Chicago zu sehen.

Die Stanley-Kubrick-Ausstellung des Filmmuseums ging von Frankfurt nach Berlin und wurde anschließend in Rom, Zürich, Rotterdam, London, New York und Los Angeles gezeigt. Das Jüdische Museum hat in Kooperation mit dem Berliner Jüdischen Museum die erfolgreiche Ausstellung „Chagall verehrt, verfeimt“ organisiert. Das Ikonen-Museum arbeitet auch mit Thessaloniki zusammen. Das Museum für Moderne Kunst hat in Paris den Kunst-Oscar für die weltweit beste Ausstellung erhalten („the brutal truth“ von Sturtevant). Gerade in der zeitgenössischen Kunst hat sich Frankfurt durch die Zusammenarbeit von Schirn, Museum für Moderne Kunst, Kunstverein, Städelschule und Galerien einen Spitzenplatz erobert. Diese Modelle der Zusammenarbeit minimieren außerdem die Kosten, denn die Museen oder Ausstellungshäuser in anderen Städten, die eine Schau übernehmen, müssen dafür an Frankfurt zahlen oder

die Eintrittsgelder an das Haus abgeben, das die Ausstellung produziert hat.

### Theater und freie Gruppen fördern

- Die Umwandlung der Städtischen Bühnen in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist ein Erfolg der CDU. Dadurch ist die Finanzierung der Frankfurter Theaterlandschaft transparenter geworden. Der Frankfurter CDU und der Hessischen Landesregierung ist es gelungen, die Forsythe Company im Verbund mit dem Freistaat Sachsen und der Stadt Dresden zu etablieren. Das heißt, dass das berühmte internationale Tanztheater wie bisher drei Monate im Jahr in Frankfurt probt, produziert und auftritt. Die Kosten teilen sich die vier Partner. 2003 wurde die Frankfurter Oper zur Oper des Jahres gewählt. Auch die Bühnen insgesamt werden von der

Fachkritik lobend erwähnt. Die Alte Oper und die Frankfurter Museums-gesellschaft erhielten die Auszeichnung des deutschen Musikverlegerverbands für das beste Konzertprogramm 2004/2005. Die Förderung solcher Spitzenleistungen bleibt Aufgabe der Kulturpolitik.

- Doch auch die Theater außerhalb der Städtischen Bühnen GmbH sind ein wichtiger und kreativer Bestandteil des Frankfurter Kulturlebens. Hier wurde eine Theater-Allianz ins Leben gerufen: Vertreter der beteiligten Theater treffen sich regelmäßig zum Gedankenaustausch, aber auch zu gegenseitiger Hilfe, wie etwa mit technischem Gerät. Ein gemeinsames Programmplakat aller Bühnen soll künftig einen vollständigen Überblick über das Theatergeschehen in Frankfurt bieten. Die Förderung freier Gruppen gehört gleichfalls zur städtischen Kulturpolitik und sorgt für eine attraktive und lebendige Theaterlandschaft.

## Eine gerechte Lastenverteilung zwischen Stadt und Region erreichen

- Die Kosten für ein so umfangreiches Kulturprogramm, wie Frankfurt es bietet, kann die Stadt auf Dauer nicht allein tragen. Deswegen wollen wir eine gerechte Lastenverteilung zwischen Stadt, Umland und dem Land Hessen erreichen. Wir treten ein für eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und wollen darauf hinwirken, dass sich das Land Hessen stärker an der Finanzierung der Frankfurter Kultureinrichtungen beteiligt. Durch die Rechtsform der GmbH, in der die Städtischen Bühnen, die Alte Oper, die Schirn und der Mousonturm organisiert sind, ist die Beteiligung Dritter an diesen Institutionen möglich. Die Städelschule soll nach dem Willen ihres Stifters eng mit dem Städelschen Kunstinstitut zusammenarbeiten. Erste Schritte in diese Richtung sind getan.

Dabei sollte aber auch die Zuständigkeit des Landes für die Kunsthochschulen erkennbar werden.

### Bürgerhäuser erhalten

- Die CDU setzt sich dafür ein, dass das bundesweit einmalige Netz der Bürgerhäuser in Frankfurt erhalten bleibt. Es ist für die Vereine unverzichtbar. Ohne deren Aktivitäten wäre ein großer Teil der Jugend- und Sozialarbeit für die Stadt unbezahlbar und das gesellschaftliche Leben würde verkümmern. Daher unterstützt die CDU den Konsolidierungskurs der SAALBAU GmbH, die Eigentümerin der Bürgerhäuser ist. Diese leistet durch die einträgliche Vermietung ihrer Räume einen Beitrag zur Entlastung der Stadtkasse. Ihre Arbeit ist durch den Ausbau des zentralen, elektronischen Registers aller öffentlich zu mietenden Räume (Raumpool) zu fördern.

### Marketing für kulturelle Ereignisse verbessern

- Die CDU will die Werbung für die Frankfurter Kulturangebote verstärken. Das soll auch in Zusammenarbeit mit der Tourismus GmbH geschehen. Darüber hinaus ist der Auftritt der Frankfurter Kultur im Internet zu verbessern. Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Bedeutung von Sponsoren und Mäzenaten für die Finanzierung kultureller Projekte. Frankfurt kann froh und dankbar sein, dass es hier eine so engagierte und auch spendenfreudige Bürgerschaft gibt. Der Wiederaufbau der alten Stadtbibliothek ist ein leuchtendes Beispiel solchen Mäzenatentums.

# Für alle, die sich in Frankfurt sicherer fühlen wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Die kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Bürgern dieser Stadt jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

## Das wollen wir:

- Videoüberwachung erweitern
- „Freiwilligen Polizeidienst“ einführen
- Gefahrenabwehr-Verordnung verbessern
- Opferarbeit intensivieren
- „Sicherheitspartnerschaft Jugendkriminalität“ aufbauen
- Modellversuch „Teen-Courts“ in Frankfurt übernehmen
- Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ weiterführen
- Graffiti-Schmierereien zurückdrängen
- Rettungs- und Hilfsdienste stärken

## Videoüberwachung erweitern

- Die Videoüberwachung an der Konstablerwache ist erfolgreich. Aufgrund dieser Erfahrung hat die CDU auch beharrlich die Einrichtung einer Videoanlage am Hauptbahnhof durchgesetzt. Die Sicherheitslage soll darüber hinaus an weiteren Brennpunkten im Stadtgebiet mittels Videoüberwachung verbessert werden. Dazu gehört auch der Einsatz einer mobilen Anlage für den flexiblen Einsatz.

## „Freiwilligen Polizeidienst“ einführen

- Der freiwillige Polizeidienst ist ein sinnvolles Instrument, um den Sicherheitsdienst zu ergänzen. Beispiele in anderen Gemeinden in Hessen zeigen, dass sich der freiwillige Polizeidienst als erfolgreiches Modell bewährt hat.

- Die von der CDU angestoßenen Sicherheitsmodelle wie etwa das Parkwächter-Konzept im Grüneburgpark haben sich bewährt. Die Sicherheit in den Park- und Grünanlagen ist durch den Einsatz von freiwilligem Polizeidienst, Parkwächtern oder Inhabern von Frankfurt-Jobs weiter zu verbessern. Das gilt auch für die Felder am Stadtrand und den Stadtwald.

### Gefahrenabwehr-Verordnung verbessern

- Die bisher schon maßgeblich von der CDU durchgesetzten Reformen der Gefahrenabwehr-Verordnung zeigen Erfolge. Sie reichen jedoch nicht aus, um Gefährdungen und Belästigungen, vor allem in der Innenstadt, wirkungsvoll begegnen zu können. Deshalb muss die Gefahrenabwehr-Verordnung weiter verbessert werden.

### Intensivierung der Opferarbeit

- Die CDU will die Hilfen für Opfer von Kriminalität ausbauen. Dem dient die Einrichtung der Stelle eines Ombudsmannes, der Ansprechpartner für diese Personen, aber auch für Opferhilfeorganisationen sein soll. Denn bisher steht, trotz einiger Verbesserungen, die Betrachtung des Straftäters immer noch zu sehr im Blickpunkt.

### „Sicherheitspartnerschaft Jugendkriminalität“ aufbauen

- Die Prävention, aber auch die Aufarbeitung von Straftaten von Jugendlichen muss weiter intensiviert werden. Dazu ist eine bessere Abstimmung aller Beteiligten in der Jugendarbeit erforderlich. So müssen zum Beispiel Mitteilungen der Polizei konsequenter

als bisher als Frühwarnsystem der Jugendhilfe genutzt werden. Außerdem soll die Zusammenarbeit der Sozialrathäuser und der Jugendsachbearbeiter in den Polizeirevieren weiter gestärkt werden.

### Modellversuch „Teen-Courts“ in Frankfurt übernehmen

- Jugendliche finden zu Gleichaltrigen häufig besser Zugang als Erwachsene und sind deswegen sehr gut in der Lage, untereinander Hintergründe und Motive einer Straftat zu ergründen. Diese Tatsache nutzen „Teen-Courts“, im Auftrag der Staatsanwaltschaft eingerichtete und unter ihrer Aufsicht stehende Schülergremien. Sie erörtern in geeigneten Fällen mit jugendlichen Straftätern deren Delikte, vereinbaren Sanktionen (zum Beispiel Wiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich, soziales Training oder Arbeitsstunden)

und überwachen deren Erfüllung. Das Ergebnis der Verhandlung vor einem „Teen-Court“ wird von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung berücksichtigt. So kann etwa ein Verfahren bei der Erfüllung der Vorgaben eingestellt werden. Die CDU will dieses kriminalpädagogische Schülerprojekt als Modellversuch in Frankfurt übernehmen.

### Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ weiterführen

- Die äußerst erfolgreiche und längst in ganz Deutschland kopierte Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ soll weiter ausgebaut werden. Dazu sollen auch Teilnehmer aus dem Programm „Frankfurt-Jobs“ eingesetzt werden. Sie können vor allem die Überwachung

von öffentlichen Grünanlagen, Kinderspielflächen und Streuobstwiesen übernehmen. Die erfolgreiche Arbeit des 1996 gegründeten Präventionsrates wird fortgeführt.

### Graffiti-Schmierereien zurückdrängen

- Das Programm zur Beseitigung von Schmierereien an Fassaden von Privathäusern mit finanzieller Unterstützung aus der Stadtkasse muss fortgesetzt werden. Um Verbesserungen auch abzusichern, ist die mit der Polizei vereinbarte besondere Überwachung kritischer Gebiete fortzuführen. Besonderes Gewicht kommt aber der Prävention zu: In Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendeinrichtungen ist die Botschaft zu vermitteln, dass Graffiti und Vandalismus „out“ sind.

### Rettungs- und Hilfsdienste stärken

- Die Hilfs- und Rettungsdienste, besonders Feuerwehr, freiwillige Feuerwehren und Technisches Hilfswerk, sind unverzichtbar zum Schutz vor Naturgewalten wie Feuer, Wasser und Unwetter, aber auch zur Hilfe bei Unfällen oder gar Katastrophen. Die Stadt muss auch in Zukunft sicherstellen, dass die haupt- und ehrenamtlichen Helfer ihre Aufgaben erfüllen können. Das geschieht durch die Bereitstellung von Grundstücken, Gebäuden, Ausstattung und finanziellen Mitteln.

# Für alle, die das engagierte Miteinander fördern wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Frankfurt ist eine wirtschaftlich starke und soziale Stadt. Wir wollen diese Balance auch weiterhin aufrechterhalten und die soziale Infrastruktur der Stadt bedarfsgerecht weiterentwickeln.

## Das wollen wir:

- Hilfe zur Selbsthilfe fördern
- Familien stärken und Kinderbetreuung ausbauen
- Kinder- und Jugendhilfe weiter verbessern
- Alter in Würde ermöglichen
- Die Stadt barrierefrei gestalten
- Soziale Brennpunkte entschärfen
- „Frankfurt-Jobs“ einrichten und Arbeitslosigkeit bekämpfen

- Schuldnerberatung unterstützen
- Ehrenamtliches Engagement fördern

## Hilfe zur Selbsthilfe fördern

- Die beste Hilfe ist diejenige, die von der Hilfe anderer unabhängig macht. Daher haben Beratung, Förderung persönlicher Fähigkeiten und Forderung nach eigenen Anstrengungen Vorrang vor materieller Unterstützung. Die CDU will Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen sowie freigemeinnützige Hilfeeinrichtungen stärker unterstützen und ihnen Priorität vor staatlicher Unterstützung geben.

## Familien stärken und Kinderbetreuung ausbauen

- Die CDU betrachtet die Familie als Keimzelle der sozialen Gesellschaft. Deshalb sollen Familien auf vielfältige Weise gefördert werden. Notwendig ist angemessener und preiswerter Wohnraum. Der Erwerb von Wohneigentum soll deshalb gerade für Familien mit Kindern erleichtert werden. Die maßgeblich von der CDU vorangetriebenen Programme hierzu, wie etwa die gewährten Abschläge bei Erbpachtverträgen, sollen weitergeführt werden.
- Die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen verbessert werden. Eltern sollen die Wahl zwischen verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben. Die CDU will das Angebot ganztägiger verlässlicher Betreuung an Schulen ebenso ausbauen wie Ganztagschulen. Die Zahl der Krippenplätze soll in der nächsten Wahlperiode deut-

lich erhöht werden. In dem Projekt „Tageseltern“ ist ein Qualifizierungs- und Zertifizierungsprogramm für Tagespflegepersonen zu entwickeln. Kindertagesstätten sollen nach einer konzeptionellen, zielorientierten Pädagogik arbeiten. Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen dem Bedarf angepasst werden. In der Stadtverwaltung sollen die Möglichkeiten zur Schaffung von Teilzeit-Arbeitsplätzen und Tele-Heimarbeitsplätzen ausgeschöpft werden.

- Die von der CDU durchgesetzten verstärkten Anstrengungen zur Ausstattung von Kinderspielplätzen mit modernen Spielgeräten sind weiterzuführen. In Neubaugebieten müssen Spielplätze gleichzeitig mit dem Bezug der Quartiere fertig gestellt sein.

## Kinder- und Jugendhilfe weiter verbessern

- Kindererziehung ist Aufgabe der Eltern. Dabei werden sie unterstützt durch Angebote der Erziehungsberatung, der Familienbildung und Familienerholung freier Träger der Wohlfahrtspflege. Diese sind von der Stadt vor eigenen Angeboten zu fördern. Die CDU befürwortet eine intensivere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule. Der Kinder- und Jugendschutz muss stärker präventiv und kontrollierend ausgerichtet werden. Dem dienen auch die Weiterführung des Projekts „Gewalt-Sehen-Helfen“ und der Aufbau eines Krisenverbundsystems für junge Menschen in Not- und Konfliktsituation. Die Effektivität von Angeboten und Leistungen der Jugendhilfe soll durch Qualitätsmanagement gesichert, verbessert und nachvollziehbar gemacht werden. Die Förderung von Jugendhilfeprojekten soll sich an Zielen orientieren: Gute

Leistungen sind besonders zu fördern und gute Ergebnisse zu honorieren. Doppelstrukturen in der Jugendhilfe müssen abgebaut werden.

## Alter in Würde ermöglichen

- Ältere Menschen sollen in Frankfurt ein umfangreiches und bedarfsgerechtes Angebot an Wohn- und Unterstützungsmöglichkeiten in der Nähe ihrer Wohnung und in Stadtteilzentren differenziert vorfinden. Das reicht vom Sozialrathaus, dem „Essen auf Rädern“ über ambulante Pflege- und Tagespflegeeinrichtungen bis hin zu generationenübergreifendem Wohnen und angemessenen stationären Pflegeangeboten für an Demenz Erkrankte. Dabei sollen sie zwischen verschiedenen Anbietern von Hilfen wählen und so selbstbestimmt ihren Lebensabend gestalten können. Senioren und Seniorinnen sollen möglichst lange am

gesellschaftlichen Leben in ihrem sozialen Umfeld teilnehmen können. Stadtteilbezogene, differenzierte und bedarfsgerechte Angebote, die es ermöglichen, dass ältere Menschen auch bei zunehmender Hilfsbedürftigkeit in ihren Wohnungen und Stadtteilen bleiben können, sind bereitzuhalten, wie z. B.

- kleine, überschaubare stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen
- Einkaufshilfen in Stadtteilen, wo durch konzentrierte Einkaufszentren die örtlichen „Tante-Emma-Läden“ verdrängt wurden
- Angebote für Seniorengemeinschaften, deren Bewohner unterschiedliche Einschränkungen haben
- Förderung und Schaffung von Patenschaften, die es älteren Menschen erlauben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen (Theaterbesuche, Zoo und Palmengarten, Kirchen, Volksfeste).

## Die Stadt barrierefrei gestalten

- Die CDU will den behindertengerechten Ausbau des öffentlichen Raums und insbesondere auch des öffentlichen Nahverkehrs. Dazu gehören barrierefreie Zugänge zu U- und S-Bahnstationen und zu den Fahrzeugen selbst. In der Stadt muss es außerdem ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an behindertengerechten Wohnungen geben. Die Einrichtung von Arbeitsplätzen für Behinderte soll ebenso gefördert werden wie eine differenzierte und adäquate Schul- und Berufsausbildung Behinderter. Das städtische Potenzial für individuell ausgelegte Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ist auszuschöpfen. Die Frankfurter Sozialpolitik muss schließlich auch der steigenden Zahl von Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderung in besonderer Weise Rechnung tragen.

## Soziale Brennpunkte entschärfen

- Die CDU befürwortet die Bildung von ortsnahen „Präventionsgremien“ und eines effektiven „Quartiermanagements“. Auf diese Weise sollen mögliche Probleme schon im Ansatz ausgeräumt werden. Die aufsuchende Sozialarbeit und die sichtbare Präsenz der Ordnungskräfte sind zu verstärken.

## „Frankfurt-Jobs“ einrichten

- Die Hartz-IV-Reformen sind tatkräftig umzusetzen. Die Bundesagentur für Arbeit muss zu einem effizienten Dienstleistungsunternehmen werden, das Arbeit-suchenden Hilfe „aus einer Hand“ anbietet. Der geplante Betreuungsschlüssel von 1 zu 75 zwischen Arbeitsvermittler und Kunden ist auch in Frankfurt einzuhalten. Die CDU unterstützt das Vorhaben des

Magistrats, bis zu 6000 Arbeitsgelegenheiten, so genannte Frankfurt-Jobs, anzubieten. Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, sollen 25 Prozent dieser „Frankfurt-Jobs“ mit jungen Menschen besetzt werden. Über die Maßnahmen von Hartz IV hinaus wird die Stadt Frankfurt ihre Anstrengungen intensivieren, Menschen aus der Arbeitslosigkeit in Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bringen, etwa durch die Nutzung auch von Kombilohn-Modellen.

## Schuldnerberatung unterstützen

- Die Verschuldung der privaten Haushalte hat durch die rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik der vergangenen Jahre dramatisch zugenommen. Auch Kinder und Jugendliche sind zunehmend davon betroffen. Deshalb fordert die CDU eine effiziente Schuldnerberatung. Das Thema Verschuldung und ihre Prävention müssen in der Familien-, Bildungs- und Verbraucherpolitik eine stärkere Rolle spielen. Das gilt auch für den Schulunterricht und zwar vor allem an Berufsschulen.

## Ehrenamtliches Engagement fördern

- Gesellschaft und Demokratie leben vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ehrenamtliche Tätigkeit muss deshalb besonders gewürdigt werden: Die CDU will die Einführung einer „Ehrenamts card“ in Frankfurt, die ehrenamtlich Tätigen als Anerkennung Vergünstigungen bei öffentlichen und privaten Angeboten gewährt. Die CDU setzt sich dafür ein, Verständnis für ehrenamtliche Tätigkeit bei Arbeitgebern zu fördern.

# Für alle, die Frankfurt als Stadt des Sports begeistert.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Die Stellung Frankfurts als Sportstadt wird durch die verlässliche Partnerschaft mit den Vereinen untermauert.

## Das wollen wir:

- Sportvereine fördern
- Beim Ausbau der Sport- und Freizeitstätteninfrastruktur überörtliche Zusammenarbeit erreichen
- Neue Sportveranstaltungen für die Region Frankfurt/Rhein-Main akquirieren
- Mädchen und Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen besondere Sportmöglichkeiten bieten

## Sportvereine fördern

- Die CDU steht zu der Verpflichtung, allen Sporttreibenden gute Bedingungen zu bieten und Breiten-, Leistungs-, Spitzen-, Schul-, Vereins- und Freizeitsport gleichermaßen zu fördern. Sie bleibt auch auf diesem Feld verlässlicher Partner und unterstützt weiterhin die Sportvereine, die auch eine hervorragende integrative Rolle im Zusammenleben deutscher und ausländischer Bürger spielen. Maßstab für die Gewährung von Zuschüssen sind die geltenden Sportförderungsrichtlinien. Sie regeln laufende Zuschüsse für die Jugendarbeit in den Vereinen und finanzielle Unterstützung der Vereine mit eigenen Sportstätten.

## Beim Ausbau der Sport- und Freizeitstätteninfrastruktur überörtliche Zusammenarbeit erreichen

- Die Entwicklung der Sport- und Freizeitstätteninfrastruktur hat die wachsende Bevölkerungszahl ebenso zu berücksichtigen wie den Wandel im Freizeitverhalten. Modernisierung und Neubau von Sportstätten müssen daher in einem regionalen Konzept koordiniert werden. Die neue Arena im Sportpark Waldstadion ist beispielsweise ein „Leuchtturm“ für die ganze Region Frankfurt/Rhein-Main. Die CDU setzt sich dafür ein, alle Sportangebote und Sportstätten dieser Region auf einer zentralen Kommunikationsplattform im Internet zu präsentieren. Durch eine quantitative wie qualitative Sportstättenentwicklungsplanung soll der künftige Bedarf innerhalb des Ballungsraums ermittelt

werden. Bei der Verwirklichung entsprechender Projekte sind neue Wege der Zusammenarbeit auch mit Partnern aus der privaten Wirtschaft zu suchen. In den Neubaugebieten sollten die Sportstätten zeitnah zum Bezug der Quartiere errichtet werden.

## Neue Sportveranstaltungen für die Region Frankfurt/Rhein-Main akquirieren

- Zahl und Vielfalt von Sportveranstaltungen sind in den vergangenen Jahren in der Region ständig gewachsen. Um ihren Freizeitwert, aber auch ihr wirtschaftliches Potenzial optimal zu nutzen, müssen diese Veranstaltungen entsprechend vernetzt und vermarktet werden. Darüber hinaus sollten auch neue Projekte akquiriert werden. Das geschieht am besten auf der Grundlage eines Konzepts für die aktive Vermarktung der Sportregion Frankfurt/Rhein-Main und für die Akquisition neuer Veranstaltungen. Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und das Deutsche Turnfest 2009 sind herausragende Ereignisse, die für Frankfurt und die Region nachhaltigen Nutzen bringen sollen.

## Mädchen und Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen besondere Sportmöglichkeiten bieten

- Die CDU setzt sich dafür ein, sportliche Angebote auch auf die besonderen Bedürfnisse und Interessen von Mädchen und Frauen auszurichten. Für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen sollen gemeinsam mit den Sportorganisationen spezielle Möglichkeiten erarbeitet werden. In Zusammenarbeit mit den Krankenkassen können Programme des Gesundheitssports aufgestellt werden.

# Für alle, denen das Bild der Stadt am Herzen liegt.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Die Dynamik der Metropole konsequent nutzen

## Das wollen wir:

- Innenstadt und Altstadt aufwerten und historische Strukturen wiederherstellen
- Den Anteil von Wohnungen in der Innenstadt erhöhen
- Wohnraum für Familien in Frankfurt schaffen
- Die Stadtteile entwickeln
- Messegelände und Europaviertel ausbauen
- Position des Flughafens durch das Projekt Gateway Gardens stärken
- Das Umfeld der Europäischen Zentralbank im Ostend aufwerten
- Impulse durch den Umzug der Universität für Bockenheim und das Westend nutzen

- Den Flohmarkt vom Mainufer verlagern
- Das Stadtkreismodell zur Regionalreform vorantreiben

## Innenstadt und Altstadt aufwerten und historische Strukturen wiederherstellen

- Das nach den schweren Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs durch die Neubauten der fünfziger und sechziger Jahre geprägte Areal zwischen Zeil und Main ist renovierungsbedürftig. Die CDU befürwortet hier Lösungen, durch welche die einstigen Nord-Süd-Verbindungen zwischen der Zeil und dem Main wiederhergestellt werden und jetzige Hinterhofsituationen durch eine an historische Vorbilder angelehnte Planung verändert werden. Die inmitten dieses Areals liegende Kleinmarkthalle muss erhalten und in ihrer baulichen Gestaltung und Funktion aufgewertet werden. Der Abriss des Technischen Rathauses bietet

die große Chance, im Herzen der Altstadt wirkliche Stadtreparatur zu betreiben. Wir wollen uns bei der dortigen Bebauung so weit wie möglich an den historischen Gegebenheiten orientieren. Hierzu zählen Maßstäblichkeit und Parzellengröße, die historischen Wege- und Platzbeziehungen („Historischer Stadtplan“), Rekonstruktion einzelner Gebäude sowie Gebäudeformen. Dazu kann im Bereich des archäologischen Gartens gegenüber dem Dom eine kulturelle Einrichtung entstehen. Der historische Krönungsweg der deutschen Kaiser ist zwischen Dom und Römer wieder sichtbar herzustellen. Im Rahmen der anstehenden Umgestaltung des Historischen Museums ist sein äußeres Erscheinungsbild so zu verändern, dass durch dieses Gebäude der Bereich zwischen Römerberg und Eisernem Steg nicht weiter verschandelt, sondern aufgewertet wird.

- Die CDU will die Innenstadt verschönern, und insbesondere die Zeil von der Hauptwache bis zur Konstablerwache und ihre angrenzenden Straßen baulich aufwerten. Dabei soll durch die Einbeziehung regionaler Merkmale (Bodenbeläge, Leuchten etc.) die heute übliche und auch der Zeit anhaftende Verwechselbarkeit von Einkaufsstraßen deutscher Großstädte durchbrochen werden. Auch vor den Türen des neuen Einkaufsmagneten „Frankfurt hoch vier“ soll sich Frankfurts Innenstadt in einem erstklassigen Zustand präsentieren. Am Opernplatz soll auf dem Gelände der ehemaligen Bundesanstalt für Flugsicherung ein 5-Sterne-plus-Hotel gebaut werden. Das bietet eine einmalige Gelegenheit zur Abrundung dieses wohl schönsten Platzes der Stadt. Durch die bereits beschlossene Neugestaltung von Rossmarkt, Goethe- und Rathenauplatz, unter denen zurzeit eine Tiefgarage entsteht, wird dieses Gebiet

zu einem neuen Anziehungspunkt für Flaneure werden. Die CDU befürwortet einen gastronomisch zu nutzenden Neubau zwischen Goetheplatz und Rossmarkt in der Verlängerung der Junghofstraße.

### Den Anteil von Wohnungen in der Innenstadt erhöhen

- Die CDU will den Anteil von Wohnungen in der Innenstadt erhöhen. Die Monofunktion einiger innerstädtischer und innenstadtnaher Quartiere soll verändert werden. Mancherorts lässt sich das schon kurzfristig erreichen, indem leer stehende Bürogebäude in Wohnraum umgewandelt werden. Das kann auch dazu beitragen, den Mangel an preiswertem Wohnraum in Frankfurt zu beseitigen. Außerdem würden diese Viertel in den Abendstunden belebt. Die CDU will auch die Gründerzeitbauten

im Bahnhofsviertel mit ihren großzügigen Wohnungen retten. Viele denkmalgeschützte Häuser stehen wegen Sanierungsbedarfs teilweise leer. Den Eigentümern soll es durch die Vergabe von Fördermitteln erleichtert werden, die Gebäude zu modernisieren, um sie dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise und durch die Umgestaltung öffentlicher Freiflächen soll die Attraktivität des Bahnhofsviertels als Geschäfts- und Wohnquartier gesteigert werden.

## Wohnraum für Familien in Frankfurt schaffen

- Auf dem Gelände der ehemaligen Henninger-Brauerei in Sachsenhausen soll Wohnraum für Familien mit Kindern entstehen. Ebenso wichtig ist die rasche Bebauung des Riedbergs und des Frankfurter Bogens. Der Riedberg bietet für Familien beste Bedingungen: Wohnen im Grünen, eine vollständige Infrastruktur und dank öffentlichen Nahverkehrs beste Erreichbarkeit der Innenstadt.

## Die Stadtteile entwickeln

- Die CDU will die Stadtteile in ihrer Eigenart und typischen Struktur erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehört die Pflege der vorhandenen Bausubstanz und die Erweiterung und nachhaltige Pflege des öffentlichen Grüns. Von großer Bedeutung sind dabei wohn-

ortnahe Einzelhandelsgeschäfte und Wochenmärkte zur Deckung des täglichen Bedarfs der Bürger. Intakte Einkaufsstraßen in den Stadtteilen, wie etwa die Berger Straße in Bornheim, die Leipziger Straße in Bockenheim oder die Schweizer Straße in Sachsenhausen, müssen in ihrer Entwicklung aufmerksam beobachtet und gegebenenfalls durch geeignete Veränderungen attraktiver gemacht werden.

## Messegelände und Europaviertel ausbauen

- Die CDU steht für den Ausbau der Frankfurter Messe. Durch optimale Rahmenbedingungen für Aussteller und Besucher soll die Attraktivität des Messestandorts Frankfurt noch gesteigert werden. Dazu gehören auch Planung und Bebauung des unmittelbar benachbarten Europaviertels, dessen Entwicklung in den kommenden Jahren vorangetrieben werden muss.

## Position des Flughafens durch das Projekt Gateway Gardens stärken

- Die CDU unterstützt die als Private Public Partnership gegründete Gateway Gardens Projektentwicklungsgesellschaft, die ein Nutzungskonzept für die rund 350.000 Quadratmeter große, früher von den Amerikanern genutzte Fläche am südlichen Rand des Flughafens erarbeitet. Hier soll ein Kongresszentrum mit Hotel, Büroflächen, Einzelhandelsgeschäften und eventuell ein Krankenhaus für ausländische Patienten errichtet werden. Von besonderer Bedeutung ist, dass an diesem Ort ein weiteres Alleinstellungsmerkmal des Frankfurter Flughafens gegenüber den anderen europäischen Großflughäfen wie Amsterdam, Paris, Zürich oder Stockholm entsteht. Dadurch wird die Position des Airports im Wettbewerb gestärkt.

## Das Umfeld der Europäischen Zentralbank im Ostend aufwerten

- Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank für das Gelände der ehemaligen Großmarkthalle im Ostend als künftigen Standort soll zur Umfeldverbesserung in diesem Stadtteil genutzt werden. So sieht der Generalverkehrsplan eine bessere Anbindung an das überörtliche Straßennetz vor, wozu der Bau einer neuen Mainbrücke gehört. Die CDU setzt sich darüber hinaus für die Aufwertung des Danziger Platzes und der Sonnemannstraße ein, die in unmittelbarer Nachbarschaft des neuen Bankensitzes liegen.

## Impulse durch den Umzug der Universität für Bockenheim und das Westend nutzen

- Der Umzug der Universität von Bockenheim ins Westend eröffnet besondere Entwicklungschancen für beide Stadtteile. Bockenheim bekommt ein neues, attraktives Quartier mit einer vielfältigen Mischung aus Arbeitsplätzen, Wohnen, Gastronomie, Läden und kulturellen Einrichtungen. Im Westend entsteht zwischen Poelzig-Bau und Miquelallee ein neues Universitätsareal für etwa 28.000 Studenten. Leitbild ist die Campus-Universität mit einem zentralen, großzügigen Park, um den herum Institutsgebäude und zentrale Einrichtungen angeordnet sind. So entsteht eine der schönsten und modernsten Universitäten Europas, und die Zukunft Frankfurts als Wissenschaftsstandort von internationalem Rang wird gesichert.

## Flohmarkt vom Mainufer verlagern

- Durch die Umgestaltung des Abschnitts zwischen Nizza und Weseler Werft und des Streifens vor dem neuen Allianz-Areal ist Frankfurt gewissermaßen an den Main zurückgekehrt. Die Attraktivität der Uferpromenaden wird durch die abendliche Illumination noch gesteigert. In dieses Umfeld passt der wöchentliche Flohmarkt am Museumsufer nicht, zumal auch dieser Abschnitt jetzt aufgewertet wird. Der Flohmarkt hat längst seinen ursprünglichen Charakter als Trödelmarkt verloren und ist zu einem Umschlagplatz für Massenware geworden. Abgesehen davon beeinträchtigt er die Museen. Die CDU setzt sich daher für die Verlagerung des Flohmarkts ein.

## Das Stadtkreismodell zur Regionalreform vorantreiben

- Frankfurt ist, gemessen an seiner Fläche, die kleinste Metropole Europas. Daraus erwachsen besondere Herausforderungen für die angesichts des europäischen Wettbewerbs unabdingbare und auch im Interesse der gesamten Region notwendige Stadtentwicklung. Die CDU strebt nach der inhaltlichen Ausgestaltung des Ballungsraumgesetzes mittel- bis langfristig eine Regionalreform durch das Stadtkreismodell an. Auf diesem Weg muss eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb des Rhein-Main-Gebiets erreicht werden. Nur so können Frankfurt

und das Umland im Wettbewerb der Regionen Europas bestehen. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist bereits mit der Gründung der Wirtschaftsförderung Frankfurt/Rhein-Main unternommen worden.

# Für alle, die Umweltbewusstsein wirklich ernst nehmen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Umweltpolitik muss auf den nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet sein.
- Ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte müssen vernünftig gewichtet werden.

## Das wollen wir:

- Die Qualität von Luft und Wasser weiter verbessern
- Grünflächen, Parks, Niddaauen und das Mainufer als Erholungsräume und Naturschutzgebiete pflegen
- Landwirtschaft erhalten
- Projekte für ein sauberes Frankfurt weiter vorantreiben
- Der Vermüllung Frankfurts entschlossen entgegenzutreten
- Einrichtungen von Feuerwehr und Hilfsdiensten modernisieren

## Die Qualität von Luft und Wasser weiter verbessern

- Die Luftqualität hat sich in den vergangenen 20 Jahren deutlich verbessert. Dennoch besteht gerade auch im Hinblick auf die Feinstaubbelastung Handlungsbedarf. Daher sind technologische Innovationen, Projekte zur Einsparung von Energie und die Nutzung regenerativer Energien zu fördern. Bei der Entscheidung über Neuanschaffungen von städtischen Fahrzeugen und von Fahrzeugen in Unternehmen mit kommunaler Beteiligung ist der Schadstoffausstoß als Kriterium zu berücksichtigen. Das gilt auch für die Ausschreibung von Verkehrsdienstleistungen. Die Nachrüstung des Fuhrparks mit schadstoffreduzierender Technik ist zu prüfen. Bei Neubau und Sanierung von Gebäuden sind Möglichkeiten für Energiesparmaßnahmen zu integrieren. Die CDU setzt sich für den Bau von Niedrigenergiehäusern ein.

- Durch die Sanierung der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt leistet Frankfurt nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Entsorgungssicherheit der ganzen Rhein-Main-Region. Durch höchsten Standard der Abgasreinigung und Nutzung der Abwärme für das Heizsystem zeigt die Stadt auch Verantwortung für eine umweltfreundliche Müllverwertung.
- Darüber hinaus setzt sich die CDU für Umweltpartnerschaften ein. So bieten etwa Wasserinstallateure unentgeltliche Beratung zum Wassersparen oder Schornsteinfeger eine für den Kunden kostenfreie Schwachstellenanalyse zur Reduzierung von Heizenergiebedarf. Solche Umweltpartnerschaften sind öffentlichkeitswirksam darzustellen und zu unterstützen. Die Umweltallianz der Hessischen Landesregierung mit der Wirtschaft ist zu fördern. Möglichkeiten zur Deregulierung und zum Abbau von Bürokratie sollen genutzt werden.

## **Grünflächen, Parks, Niddaauen und das Mainufer als Erholungsräume und Naturschutzgebiete pflegen**

- Für die Lebensqualität in Frankfurt sind das Mainufer und die Niddaauen, die Grünflächen und die Parkanlagen von besonderer Bedeutung. Die Grünanlagen-satzung und das Wallservitut stellen eine wichtige rechtliche Grundlage dar, um diese Gebiete zu schützen. Eine bürgerfreundliche und unbürokratisch zu handhabende Baumschutzsatzung soll sich auf schützenswerten Baumbestand konzentrieren. Bei der unerlässlichen Sanierung und Pflege der Grünflächen sind in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Dazu hat auch die Vergabe von Pflegeaufgaben beigetragen.

- Neue Baugebiete sollen so parzelliert werden, dass die einzelnen Grundstücke ausreichend Platz für Grün- und Gartenflächen bieten. Nachverdichtung in Wohngebieten soll nicht zu Lasten von Grün- und Gartenflächen gehen. Die von den Kleingartenvereinen betriebenen Anlagen haben als grüne Oasen, aber auch als Teil der Frankfurter Gartenkultur besondere Bedeutung. Sie sind auch in Zukunft finanziell zu unterstützen. Soweit noch nicht geschehen, sollen sie auch planungsrechtlich geschützt werden. Wenn Kleingartenflächen wegfallen, ist die Schaffung von Ersatzgelände anzustreben. Daneben verdienen auch die Freizeitgärten wegen ihrer Bedeutung für Erholungsuchende und für die Freiflächenpflege besondere Aufmerksamkeit. Auch die Kleintierzuchtvereine sollen weiter gefördert werden.

## Landwirtschaft erhalten

- Wir wollen die Landwirtschaft in Frankfurt erhalten und die Existenz der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe in unserer Stadt sichern. Damit die Landwirtschaft in Frankfurt mit ihren Arbeitsplätzen und ihrem beträchtlichen Beitrag zur Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft erhalten bleibt, sollen landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Flächen auch in der Zukunft erhalten werden. Das Heranziehen solcher Flächen für Ausgleichsmaßnahmen soll nur dann noch geschehen, wenn andere Schritte nicht möglich sind. Die CDU setzt sich in diesem Zusammenhang für wasserbauliche Maßnahmen, für die Aufwertung von Waldflächen und die Instrumente des Ökokontos ein.

## Projekte für ein sauberes Frankfurt weiter vorantreiben

- Die CDU hat wesentlich dafür gesorgt, dass sich das Erscheinungsbild der Stadt verbessert hat. Das Leitbild der sauberen Stadt behält Priorität. Neben der täglichen Arbeit des Ordnungsamts muss es auch weiterhin in den Stadtteilen Schwerpunkttaktionen der Stabsstelle Sauberes Frankfurt und des Ordnungsamts geben. Über ordnungsrechtliche Schritte hinaus befürwortet die CDU Aktionen, die dazu beitragen, das Bewusstsein der Bürger für das Erscheinungsbild ihrer Stadt zu stärken. Dazu gehören zum Beispiel „Sauberkeitstage“ oder das Selbstkehren in dafür geeigneten Quartieren. Die Ortsbeiräte sollen künftig Gebiete ausweisen können, in denen die Grundstückseigentümer die Reinigung der Fußwege, wie schon den Winterdienst,

selbst übernehmen. Aber auch Qualitätsverbesserungen durch Projekte wie das von der CDU initiierte „Reinigen aus einer Hand“ oder den Aufbau eines geeigneten Qualitätsmanagements für die zu reinigenden Flächen tragen wesentlich zu einem sauberen Erscheinungsbild Frankfurts bei. Die von der CDU und Oberbürgermeisterin Petra Roth durchgesetzten ordnungsrechtlichen Sanktionen gegen Schmutzfinken werden mittlerweile von vielen Städten in Deutschland kopiert.

## Der Vermüllung Frankfurts entschlossen entgegenzutreten

- Der Vermüllung Frankfurts durch gedankenloses Wegwerfen von Abfällen, illegale Sperrmüllablagerungen und sonstige Verschmutzungen soll durch konsequente Verfolgung entgegengetreten werden.

Die von der CDU und Oberbürgermeisterin Petra Roth durchgesetzten ordnungsrechtlichen Maßnahmen sind zu stärken.

### Einrichtungen von Feuerwehr und Hilfsdiensten modernisieren

- Elementarer Bestandteil der Gefahrenabwehr und des Umweltschutzes sind die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und andere Hilfsorganisationen. Durch den Neubau von Gerätehäusern für die freiwilligen Feuerwehren, des Brand-, Katastrophen- und Rettungsdienstzentrums sowie der Hafenwache hat die CDU diese Einrichtungen modernisiert. Das „Taktische Feuerwehrkonzept 2020“, das Hilfsfristen verkürzt, muss verwirklicht werden. Das Prioritätenprogramm für den weiteren Bau von Feuerwehrhäusern und die Modernisierung der Feuerwehrfahrzeuge soll im

Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weitergeführt werden. Das bewährte „Frankfurter Modell“ im Rettungsdienst ist beizubehalten. Die Vereinheitlichung der Frankfurter Rettungsfahrzeuge und die Einführung des „NEF-Systems“, als optimiertes System der eingesetzten Fahrzeuge, haben sich ebenfalls bewährt; bei Neuanschaffungen ist dieses System fortzuführen.

# Für alle, die in Frankfurt gemeinsam mehr bewegen wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt fördern
- Mobilität und Umweltschutz in Einklang bringen

### Das wollen wir:

- Die Verkehrsdrehscheibe Frankfurt sichern
- Den öffentlichen Nahverkehr stärken
- Die Weiterentwicklung des Hafens fördern
- Wohngebiete vom Durchgangsverkehr entlasten
- Mehr Parkraum einrichten
- Radfahren fördern
- Barrierefreie Wege für Fußgänger schaffen
- Verkehrsmanagement leistungsfähig erhalten

## Die Verkehrsdrehscheibe Frankfurt sichern

- Die CDU garantiert die Weiterentwicklung der Verkehrsdrehscheibe Frankfurt/Rhein-Main, denn Mobilität ist Grundvoraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort. Die Vorteile der verkehrsgünstigen, zentralen Lage Frankfurts sind zu wahren. Diesem Ziel dient die Erweiterung des Flughafens. Die CDU setzt sich nachdrücklich für den Bau einer weiteren Landebahn und des Terminals 3 sowie den Bau der Wartungshalle für den Airbus A 380 ein. Als Teil des Rhein-Main-Donau-Wasserwegs hat der Main eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die umweltfreundliche Beförderung von Gütern. Die CDU strebt daher die Einrichtung eines leistungsfähigen Hafens im Osten der Stadt an. Aber auch das Schienennetz muss modernisiert und insbesondere die Fernverkehrsstrecken weiterentwickelt werden. Außerdem sind

die Autobahnen so auszubauen, dass der Fernverkehr möglichst staufrei fließen und innerstädtischer Verkehr auf den Autobahnring ausweichen kann. Der Rückstand bei den Straßensanierungen im Stadtgebiet ist abzubauen. Bei allen diesen Vorhaben achtet die CDU darauf, dass die Belastungen für die Bevölkerung, die mit der Weiterentwicklung der europäischen Verkehrsdrehscheibe Frankfurt/Rhein-Main einhergehen, so gering wie möglich gehalten werden.

### Den öffentlichen Nahverkehr stärken

- Wichtigstes Ziel städtischer Verkehrspolitik ist es, möglichst viele der täglich mehr als 300.000 Pendler zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu motivieren. Denn auch dadurch wird die Mobilität in Frankfurt sichergestellt. Park & Ride-Anlagen an der Stadtgrenze mit attraktiver Anbindung an das über-

geordnete Straßennetz und den innerstädtischen Nahverkehr sind geeignet, Pendler zum Umsteigen zu bewegen, wie das Beispiel des Parkhauses Borsigallee zeigt. Innerhalb des Stadtgebiets sollen S-Bahn, U-Bahn/Stadtbahn, Straßenbahn und Bus gute Verbindungen ermöglichen.

- Um attraktiv zu sein, muss der öffentliche Nahverkehr schnell und sauber, bequem und leistungsfähig sein und das zu vernünftigen Preisen. Die anerkannt nutzerfreundlichen Standards des Frankfurter Nahverkehrsplans, wie etwa kurze Wege zu Haltestellen und hohe Fahrfrequenzen, bieten dafür gute Voraussetzungen. Diese Standards müssen auch bei der Erschließung von Wohngebieten hohe Priorität haben. Die CDU befürwortet den weiteren Ausbau des Stadtbahnnetzes, das durch weitere Straßenbahnlinien ergänzt werden soll. Demnächst wird der Tunnel der D-Strecke zwischen Bockenheimer Warte und Ginnheim gebaut.

Diese Linie wird dann oberirdisch bis zum Riedberg verlängert. So bekommt der Frankfurter Norden eine direkte und schnelle Verbindung zur Messe und zum Hauptbahnhof.

- Die CDU will außerdem den Bau einer unterirdischen Stadtbahn in das Europaviertel und einer Stadtbahn vom Ostbahnhof über die Hanauer Landstraße nach Fechenheim. Auch der Bau einer Straßenbahntrasse auf der Friedberger Landstraße zum „Frankfurter Bogen“ in Preungesheim ist ein zentrales Projekt für die Erschließung neuer Wohngebiete. Die Vorschläge des Generalverkehrsplans zur Ergänzung des Straßennetzes müssen jeweils auf Verkehrswert und Finanzierbarkeit geprüft werden. In jedem Fall sind die dafür notwendigen Trassen von anderen dauerhaften Nutzungen freizuhalten. Zwischennutzungen sollten möglich bleiben.

## Die Weiterentwicklung des Hafens fördern

- Frankfurt besitzt einen leistungsfähigen und leistungsstarken Binnenhafen. Durch die Vernetzung der Wasserwege mit Straße und Schiene ist der Frankfurter Osthafen ein trimodaler Verkehrsknotenpunkt von wachsender Bedeutung. Nach der nahezu abgeschlossenen Umsetzung des Hafenkonzeptes 2000+ wollen wir die Weiterentwicklung des Hafens aktiv vorantreiben.

## Wohngebiete vom Durchgangsverkehr entlasten

- Die Stadtteile und vor allem die Wohngebiete sollen durch Ortsumgehungen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Hierzu zählen etwa die Westumgehung Bergen, die Umgehung Praunheim und die Westumgehung Unterliederbach. In allen Wohngebieten werden

weiter konsequent verkehrsberuhigende und lenkende Maßnahmen eingesetzt, um Schleich-Durchgangsverkehr durch Wohngebiete zu verhindern und den Durchgangsverkehr über die dafür geeigneten Straßen zu lenken. Der geplante Neubau einer Mainbrücke im Osten der Innenstadt bedeutet eine wichtige Ergänzung des Straßennetzes rund um den künftigen Sitz der Europäischen Zentralbank.

- Mit dem Anschluss der Höchster Leunabrücke an die B 40a südlich des Mains, der aufgrund der verfehlten und ideologisch geprägten rot-grünen Verkehrspolitik mehr als zehn Jahre lang verhindert worden war, schaffen wir nun auch die Voraussetzung für eine schnelle Verkehrsberuhigung von Unterliederbach, Höchst und Nied. Die CDU befürwortet unverändert eine sinnvolle Verknüpfung der in das Stadtgebiet hineinreichenden Autobahnenden. Auf diese Weise lassen sich das innerstädtische Straßennetz und die

Wohngebiete entlasten. Nach Fertigstellung des Riederwaldtunnels der A 66 und des vollständigen Ausbaus des „Ostrings“, der Autobahn A 661, muss der Alleenring zur Entlastung von Bornheim an die A 661/A 66 angebunden werden. Die CDU will das durch den Alleentunnel – einen Tunnel zwischen dem Miquelknoten und dem Anschluss an den „Ostring“ – ermöglichen. Als Zwischenlösung ist der Alleenring ab der Nibelungenallee unterirdisch mit der Autobahn zu verbinden. Eine oberirdische Anbindung des so genannten Rüssels über die Rat-Beil-Straße kommt für die CDU nicht in Frage.

### Mehr Parkraum einrichten

- Frankfurt muss als Einkaufsstadt attraktiv bleiben. Dazu gehört auch ausreichender Parkraum in der Innenstadt. Neben dem von der CDU durchgesetzten

Bau des Parkhauses unter dem Rathenau- und Goetheplatz und der geplanten Tiefgarage unter dem ehemaligen Telekom-Gelände an der Großen Eschenheimer Straße befürworten wir deshalb den Bau eines privat finanzierten Parkhauses unter dem Main. Davon würden die Innenstadt und das Museumsufer in Sachsenhausen gleichermaßen profitieren: Durch die unterirdischen Zufahrtsrampen auf der Nordseite des Mains entsteht in Höhe des Eisernen Stegs ein verkehrsfreier Raum, der den Römerberg unmittelbar mit dem Mainufer verbindet und damit einen attraktiven Fußweg von der Innenstadt zum Nizza und nach Sachsenhausen schafft. Das Bewohnerparken erleichtert den Anwohnern die Parkplatzsuche. In den hoch verdichteten innenstadtnahen Stadtteilen lässt sich der dringend nötige Parkraum auch durch Quartiersgaragen schaffen. Die Gebühren der Parkhausbetriebsgesellschaft sowie der Parkscheinauto-

maten und Parkuhren sind so festzusetzen und zu staffeln, dass sie den Einkaufsstandort Innenstadt und die Einkaufszentren der Stadtteile stärken. Kooperationen mit Ladengeschäften sind anzustreben. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, Kunden die Parkgebühren zu ermäßigen bzw. deren Gebühren zu übernehmen. So soll der Standortnachteil der innerstädtischen Einkaufsbereiche gegenüber den Einkaufszentren am Stadtrand bzw. außerhalb, die über kostenlose oder sehr preisgünstige Parkplätze verfügen, ausgeglichen werden.

### Radfahren fördern

- Die CDU will den Radverkehr fördern. Mit neun Prozent ist der Anteil des Radverkehrs in Frankfurt im Städtevergleich sehr niedrig. Wir wollen diesen Anteil auf 15 Prozent ausweiten. Angesichts der günstigen

Bedingungen in unserer Stadt – innerhalb eines Radius von elf Kilometern rund um die Hauptwache ist nahezu das gesamte Stadtgebiet zu erreichen – gibt es hier noch ungenutzte Chancen. Durch den Ausbau des Radwegenetzes werden Straßen entlastet und wird Platz für den unumgänglichen Wirtschaftsverkehr geschaffen. Auch das erhöht die Mobilität in Frankfurt. Außerdem verringern sich die Konflikte zwischen Radfahrern und Fußgängern, die vor allem ältere Mitbürger sehr belasten. Soweit solche Konflikte von wenigen rücksichtslosen Rowdies verursacht werden, muss die Polizei dagegen vorgehen.

### Barrierefreie Wege für Fußgänger schaffen

- Barrierefreie Fußwege gehören zu den Voraussetzungen für die Mobilität des Einzelnen in Frankfurt. Wo immer diese Barrierefreiheit noch nicht gewährleistet

ist oder durch das Fehlverhalten anderer Verkehrsteilnehmer behindert wird, muss sie durch entsprechende Schritte hergestellt werden.

### Verkehrsmanagement leistungsfähig erhalten

- Durch ein innovatives Verkehrsmanagement, zu dem etwa aktuelle Verkehrsinformationen und eine entsprechende Verkehrslenkung gehören, soll die Mobilität weiter verbessert werden. Dadurch lässt sich auch die verkehrsbedingte Schadstoffbelastung der Luft vermindern. Die Integrierte Gesamtverkehrszentrale (IGLZ) ist auszubauen. Im Hinblick auf die Pendlerzahlen ist eine weitere regionale Vernetzung notwendig, wie sie mit Gründung der integrierten Verkehrsmanagement GmbH (IVM) schon begonnen wurde. Eine City-Maut lehnt die CDU dagegen ab.

# Für alle, die eine Stadt mit gesundem Wachstum wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Wirtschaftlich mehr aus Frankfurt machen

## Das wollen wir:

- Den internationalen Wirtschaftsstandort stärken und damit Arbeitsplätze schaffen
- Den Ausbau des Frankfurter Flughafens vorantreiben
- Den Finanzplatz Frankfurt stärken
- Den Messeplatz ausbauen
- Den Mittelstand fördern
- Die Gewerbesteuer senken
- Die Attraktivität Frankfurts als „Einkaufsstadt“ steigern
- Das Potenzial der „Tourismusstadt“ Frankfurt besser nutzen
- Frankfurts Traditionsfeste sichern

## Den internationalen Wirtschaftsstandort stärken und damit Arbeitsplätze schaffen

- Der international geprägte Wirtschaftsstandort Frankfurt ist als Kernstadt der Rhein-Main-Region eine der dynamischsten Großstädte in Deutschland und gleichzeitig ein bedeutendes europäisches Wirtschaftszentrum. Die Bandbreite der hier angesiedelten Branchen verringert die Abhängigkeit der Stadt von einzelnen Wirtschaftszweigen: Frankfurt ist Messe- und Kongressstadt, Spitzenreiter auf dem Gebiet der Informationstechnologie und ein wichtiges Zentrum der Medien- und Werbewelt. Mit dem Frankfurter Innovationszentrum für Biotechnologie baut die Stadt gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer und dem Land Hessen ihre Rolle als einer der führenden Chemie- und Biotechnologie-

standorte in Deutschland aus. Die CDU will den internationalen Wirtschafts- und Investitionsstandort Frankfurt weiterentwickeln und damit Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen. Stillstand würde angesichts des globalen Wettbewerbs Rückschritt bedeuten. Das darf nicht sein. Die städtischen Strukturen müssen ständig den neuen Anforderungen angepasst werden. Dazu ist auch eine starke städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft nötig. Sie unterstützt eine aktive Ansiedlungspolitik für Frankfurt und bietet eine effektive Betreuung der hier ansässigen Unternehmen. In der Stadtverwaltung sollen die Firmen einen festen Ansprechpartner für alle ihre Belange vorfinden.

## Den Ausbau des Frankfurter Flughafens vorantreiben

- Der Flughafen als größter Arbeitgeber in ganz Hessen ist einer der entscheidenden Faktoren für die wirtschaftliche Prosperität der Region Frankfurt/Rhein-Main. Er muss seine Kapazitäten der internationalen Nachfrage anpassen können. Würde das nicht geschehen, verlöre er rasch seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber nationalen und europäischen Konkurrenten. Das darf im Interesse der Menschen und ihrer Arbeitsplätze nicht passieren. Im Gegensatz zu SPD und Grünen bekennt sich die CDU daher klar und unmissverständlich zum Frankfurter Flughafen. Sie unterstützt den dringend notwendigen Ausbau durch eine neue Landebahn im Nordwesten und durch die Errichtung der neuen Wartungshalle für den Airbus A 380.

## Den Finanzplatz Frankfurt stärken

- Frankfurt ist nicht nur der wichtigste deutsche Finanzplatz. Mit der Ansiedlung der Europäischen Zentralbank (EZB) hat die Stadt auch die Rolle der europäischen Finanzhauptstadt übernommen. Der Neubau der EZB auf dem Gelände der früheren Großmarkthalle festigt diese Position. Mit der Einrichtung des Europäischen Versicherungsausschusses in Frankfurt wird die Bedeutung der Stadt für den Finanzdienstleistungssektor weiter unterstrichen. Gleichzeitig werden finanzwissenschaftliche Kompetenzzentren an der Frankfurter Universität aufgebaut, wie zum Beispiel das „Institute for Law and Finance“. Um die Rolle des Finanzplatzes Frankfurt insgesamt zu fördern, sind jedoch vor allem Verbesserungen der

gesetzlichen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen notwendig. Die CDU unterstützt daher die entsprechenden Initiativen der Hessischen Landesregierung. Um den Finanzplatz weiter zu stärken, sollte auch die deutsche Bankenaufsicht (BaFin) hier angesiedelt werden. Die Börse muss ihren Sitz und ihre wichtigen Funktionen in Frankfurt behalten, damit kein Abwanderungssog in Richtung London entsteht.

## Den Messeplatz ausbauen

- Mit der Buchmesse, der Internationalen Automobil- ausstellung sowie der Frühjahrs- und der Herbstmesse – um nur einige Beispiele zu nennen – ist Frankfurt Schauplatz renommierter Weltmessen. Um die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit der Messe Frankfurt zu sichern, unterstützt die CDU deren Erweiterungspläne. Seit Eröffnung der U-Bahn- Station Messe und der Anbindung an das S-Bahn- Netz ist das Messegelände hervorragend an das öffentliche Nahverkehrsnetz angeschlossen. Um die Erschließung auch für den Individualverkehr zu optimieren, tritt die CDU für die Errichtung eines weiteren Messe-Parkhauses ein.

## Den Mittelstand fördern

- Der Mittelstand ist eine tragende Säule der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt. Handwerksbetriebe, Handels- und Dienstleistungsunternehmen sowie die zahlreichen Freiberufler von Ärzten über Rechtsanwälte und Steuerberater bis hin zu Medienberatern – sie alle tragen zur Vielfalt des wirtschaftlichen Lebens in Frankfurt bei. Mittelständische Betriebe kümmern sich in besonderem Maß um die Ausbildung junger Menschen und leisten damit neben einem wirtschaftlichen nicht zuletzt auch einen gesellschaftlich wichtigen Beitrag. Die CDU will daher den Mittelstand besonders fördern. Bei der Vergabe städtischer Aufträge sollen die Vergabe- und Ausschreibungswege innerhalb der

rechtlichen Möglichkeiten so genutzt werden, dass im Besonderen mittelständische Unternehmen aus Frankfurt und der Region zum Zuge kommen. Die städtische Wirtschaftsförderung soll ihre Bemühungen um Hilfestellung für Existenzgründer und junge Unternehmen weiter intensivieren.

### Die Gewerbesteuer senken

- Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Frankfurt zu verbessern, setzt sich die CDU für die Senkung der Gewerbesteuer ein. Ein solcher Schritt bietet einen Anreiz für Unternehmen, neu in Frankfurt zu investieren. Er ist auch geeignet, hier ansässige Betriebe von der Abwanderung in das Umland abzuhalten. Auf diese Weise lassen sich Arbeitsplätze in Frankfurt sichern.

### Die Attraktivität Frankfurts als „Einkaufsstadt“ steigern

- Frankfurt ist *die* Einkaufsstadt Hessens. Mit der Verwirklichung von „Frankfurt hoch vier“ an der Zeil wird die Innenstadt in dieser Funktion in den nächsten Jahren weiter gestärkt. Außerdem soll die Zeil selbst durch Umgestaltung und Verschönerung als Aufenthaltsort attraktiver gemacht werden. Um der Konkurrenz der Einkaufszentren um Frankfurt herum entgegenzuwirken, arbeitet die CDU an einem Gesamtkonzept für die Innenstadt. Dazu gehört neben städtebaulichen Verbesserungen vor allem die Schaffung von genügend Parkraum in der City und an anderen zentralen Orten der Stadt. Frankfurt lebt darüber hinaus von seinen wirtschaftlich prosperierenden Stadtteilzentren. Die CDU will

deshalb im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten auch ein breites Einzelhandelsangebot in den Stadtteilen sichern.

### **Das Potenzial der „Tourismusstadt“ Frankfurt besser nutzen**

- Mit seiner Geschichte und seinen Sehenswürdigkeiten, seinem vielfältigen und hochwertigen kulturellen Angebot und seinen Hotelkapazitäten besitzt Frankfurt beste Voraussetzungen, um zu einem der ersten Reiseziele in Deutschland zu werden. Daher gilt es, die Anstrengungen im Tourismus zu intensivieren. Der werbliche Auftritt der Stadt im In- und Ausland muss verstärkt werden.

### **Frankfurts Traditionsfeste sichern**

- Anziehungspunkt für Touristen sind auch die traditionellen Volksfeste wie Dippemess, Wäldchestag und Weihnachtsmarkt. Diese Veranstaltungen sind zu fördern und in jeder Hinsicht auch werblich zu unterstützen.

# Für alle, die eine Stadt mit hoher Wohnqualität wollen.

## Wir können Frankfurt am besten!

- Eine hohe Wohnqualität macht die Stadt lebenswert und ist als Standortfaktor unabdingbar.

## Das wollen wir:

- Preiswerten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen schaffen
- Die bisher zu niedrige Eigentumsquote in Frankfurt erhöhen
- Neubauten grundsätzlich an den Bedürfnissen mobil eingeschränkter Personen ausrichten
- Bei Wohnungsbau und Sanierung umweltschonende und bedarfsorientierte Gesichtspunkte beachten
- Wohnen in der Innenstadt stärken
- Das Wohnumfeld verbessern

## Preiswerten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen schaffen

- Die CDU will bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten in Frankfurt schaffen. Ein wesentliches Ziel bleibt es, für junge Familien preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise soll der Stadtflucht begegnet werden. Das von der CDU ins Leben gerufene „Startprogramm“ für junge Familien soll daher auch künftig zur Verfügung stehen. Darüber hinaus muss der große Bedarf an senioren- und behindertengerechten Neubauten gedeckt werden. Die CDU setzt sich außerdem für das Wohnen mehrerer Generationen unter einem Dach ein, zumal hier Nachholbedarf gegenüber den ländlichen Gebieten des Umlands besteht. Im Übrigen soll der Nachfrage nach alternativen Wohnformen individuell und planungsrechtlich Rechnung getragen werden. Einer be-

sonderen finanziellen Förderung bedarf es an diesem Punkt nicht. Der Bestand an Sozialwohnungen wird geringer, da Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen und nennenswerter Neubau in diesem Segment nicht stattfindet. Die Objektförderung für Bauherren wird dieser Entwicklung nicht gerecht. Deshalb werden wir uns für die Umstellung auf die Subjektförderung für Wohnungsuchende einsetzen, um damit neue Impulse für einen Wohnungsbau im sozialen Segment zu geben.

## Die bisher zu niedrige Eigentumsquote in Frankfurt erhöhen

- Die Quote des Wohneigentums liegt mit weniger als 20 Prozent in Frankfurt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von etwa 40 Prozent. Der Vergleich mit dem europäischen Ausland fällt sogar noch ungünstiger

aus. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Altersvorsorge kommt diesem Thema jedoch große Bedeutung zu: Selbst genutztes Wohneigentum wirkt wie eine zweite Rente und trägt damit zur Sicherung des künftigen Lebensstandards bei. In der Gegenwart stärkt es die Investitionsbereitschaft der Bürger. Die CDU wird sich deshalb weiterhin für eine höhere Eigentumsquote einsetzen. Vorrangig sollen Wohnungen an heutige Mieter der Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften verkauft werden. Im Fall einer Veräußerung an Dritte sind die Rechte der Mieter zu beachten.

## Neubauten grundsätzlich an den Bedürfnissen mobil eingeschränkter Personen ausrichten

- Mobil eingeschränkt kann, zumindest zeitweise, jeder Mensch sein. Zudem steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung stetig an. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass bei Neubauten besonders der städtischen Wohnungsbaugesellschaften künftig grundsätzlich auf eine möglichst barrierefreie Bauausführung geachtet wird. So sollen zum Beispiel unnötige Stufen etwa an den Hauseingängen vermieden werden. Entsprechende Empfehlungen sollen von allen zuständigen Stellen der Stadtverwaltung gegenüber Architekten, Bauherren und Investoren ausgesprochen werden.

## Beim Wohnungsbau umweltschonende und bedarfsorientierte Gesichtspunkte beachten

- Die CDU verfolgt das Ziel, Wohnen und Arbeiten an einem Ort zu ermöglichen. Durch wohnortnahe Arbeiten lassen sich lange Anfahrtszeiten und damit unnötige Pendlerströme vermeiden. Zur weiteren Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Stadtgebiet sollen die Frankfurter Wohnungsgesellschaften bei Bauvorhaben verstärkt Passivhaustechnologien einsetzen und damit anderen Bauherren ein Beispiel geben. Im Übrigen will die CDU das notwendige Vertrauen von Bauherren und Investoren in die Wohnungspolitik der Stadt stärken. Dazu gehört beispielsweise, ohne ideologische Scheuklappen Nutzungsänderungen von Büro- und Gewerberäumen in Fällen zu genehmigen, in denen das sinnvoll und möglich ist. Dadurch wird die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen auch ohne öffentliche Subventionen ermöglicht.

## Wohnen in der Innenstadt stärken

- Wohnen, Arbeit und Freizeit rücken räumlich wieder stärker zusammen. Die Nachfrage nach innenstadtnahen Wohnmöglichkeiten wird in Zukunft weiter steigen und daher setzt sich die CDU für eine spürbare Erhöhung des Wohnanteils in der Innenstadt ein. Attraktive Angebote für Jung und Alt, für Menschen in Frankfurt wie für jene, die aus dem infrastrukturärmeren Umland wieder stärker und räumlich näher von den Vorteilen der Großstadt Frankfurt profitieren möchten, sollen geschaffen werden.

## Das Wohnumfeld verbessern

- Frankfurt ist eine weltoffene, international ausgerichtete Großstadt. Die CDU achtet darauf, dass auch bei der Wohnungsvergabe die notwendige soziale Durchmischung eines Quartiers berücksichtigt wird.

Das Entstehen von Ghettos muss verhindert werden. Eigeninitiativen der Bürger zur Förderung des Zusammenlebens in den Wohnsiedlungen sind zu unterstützen. Eine Verbesserung des Wohnumfelds kann darüber hinaus zum Beispiel durch den Einsatz von Concierge-Diensten, Ortsdienern oder Videoüberwachung erreicht werden. Die CDU setzt sich schließlich auch dafür ein, dass wichtige Infrastruktur in Wohngebieten so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt wird. Bei Sanierung und Modernisierung vorhandenen Wohnraums ist auf einen fairen Interessenausgleich zwischen Mietern und Investoren zu achten.

# In Kürze: das Wichtigste zum Wahlrecht.

## Wie viele Stimmen habe ich bei der Wahl?

Für die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung werden 93 Mandatsträger/innen gewählt. Genauso viele Stimmen dürfen Sie maximal verteilen.

## Wie gebe ich meine Stimmen ab?

### Der erste Schritt:

Sie wählen die Wahlvorschlagsliste der CDU, indem Sie dort Ihr Kreuz machen. Dann werden Ihre 93 Stimmen dieser Kandidatenliste automatisch fortlaufend zugerechnet.

### Die zusätzlichen Möglichkeiten, Ihre Stimmen zu verteilen:

**Kumulieren:** Sie verteilen Ihre Stimmen selbst auf einzelne Kandidat/innen – mit maximal 3 Stimmen pro Bewerber/in. Auf diese Weise können Sie diese zusätzlich stärken.

**Panaschieren:** Statt sich für eine Wahlvorschlagsliste zu entscheiden, können Sie Ihre Stimmen auch auf Bewerber/innen unterschiedlicher Wahlvorschläge verteilen. Auf diese Weise können Wähler anderer Parteien auch CDU-Kandidaten wählen.

# Ihre Stimmabgabe am 26. März: So einfach geht's.

Wahlvorschlag 1 Christlich Demokratische Union Deutschlands	CDU	<input checked="" type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>
Mustermann, Max		<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>

## Der wichtigste Schritt: Sie stimmen für den Wahlvorschlag der CDU.

Machen Sie einfach Ihr „Frankfurter Kreuz“ beim Wahlvorschlag 1 (CDU): Ihre 93 Stimmen werden dadurch automatisch auf alle Kandidat/innen Ihrer Frankfurter Partei verteilt.

## Sie wollen kumulieren, um Ihre/n CDU-Kandidaten/in zusätzlich zu stärken.

Wenn Sie Ihre/n Stadtteilkandidaten/in besonders stark unterstützen wollen, machen Sie zusätzlich bis zu 3 Kreuze neben dem jeweiligen Namen.



**KLAR WÄHLEN**

**Für alle, die sich für Frankfurt  
engagieren wollen:**

**Jetzt  
Mitglied werden!**

[www.frankfurterpartei.de](http://www.frankfurterpartei.de)

**HERAUSGEBER:**  
CDU-Kreisverband Frankfurt am Main, Hanauer Landstraße 7, 60314 Frankfurt  
Telefon 069 153099-0, Telefax 069 153099-20  
[www.frankfurterpartei.de](http://www.frankfurterpartei.de)  
E-mail: [cdufrankfurtmain@t-online.de](mailto:cdufrankfurtmain@t-online.de)